## S 11 An 99/95

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 An 99/95 Datum 26.09.1997

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 RA 8/98 Datum 19.05.1999

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 26. September 1997 wird zurļckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die GewĤhrung von Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit ļber den 31.12.1994 hinaus streitig.

Die am 1965 geborene KlĤgerin absolvierte von Oktober 1985 bis August 1990 ein Studium zur Bauingenieurin an der Fachhochschule. Ab 01.12.1990 war sie als Bauingenieurin versicherungspflichtig beschĤftigt. Ab 13.01.1992 erkrankte sie arbeitsunfĤhig, das ArbeitsverhĤltnis endete zum 30.06.1992. Am 06.05.1993 beantragte die KlĤgerin die GewĤhrung von Rente wegen Berufs- bzw. ErwerbsunfĤhigkeit und gab dabei an, sich seit 10.10.1990 (Verkehrsunfall) fù/₄r berufs- bzw. erwerbsunfĤhig zu halten. Zum Zeitpunkt der Rentenantragstellung hatte sie unter Berù/₄cksichtigung des Sozialleistungsbezuges eine Beitragszeit von 25 Kalendermonaten zurù/₄ckgelegt. Nach Einholung eines chirurgischen und

nervenärztlichen Gutachtens bewilligte die Beklagte der Klägerin mit Bescheid vom 06.09.1993 ausgehend von einem Leistungsfall am 13.01.1992 ab 01.05.1993 bis 31.12.1994 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit, da die Klägerin nervenärztlicherseits nur mehr fÃ $\frac{1}{4}$ r fähig erachtet wurde, halb- bis untervollschichtig erwerbstätig zu sein.

Am 21.07.1994 beantragte die KlĤgerin die WeitergewĤhrung der Rente, worauf die Beklagte ein nervenĤrztliches Gutachten einholte. Darin wird zusammenfassend ausgefļhrt, es bestļnden keine EinschrĤnkungen seitens dieses Fachgebietes, weshalb die KlĤgerin als Bauingenieurin und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vollschichtig arbeiten kĶnne. Die Beklagte lehnte daraufhin den WeitergewĤhrungsantrag mit Bescheid vom 23.11.1994 ab. Auf den Widerspruch der KlĤgerin holte die Beklagte ein orthopĤdisches Gutachten ein, worin zusammenfassend festgestellt wurde, der KlĤgerin seien vollschichtig leichte kĶrperliche Arbeiten im Wechsel zwischen Sitzen, Gehen und Stehen zumutbar. Es bestehe der dringende Verdacht auf eine psychosomatische Er- mit Widerspruchsbescheid vom 30.05.1995 als unbegrľndet zurļck.

Dagegen richtet sich die beim Sozialgericht Regensburg erhobene Klage, zu deren Begründung die Klägerin im wesentlichen ausführt, sie sei aufgrund ihres Gesundheitszustandes, insbesondere wegen der WirbelsĤulenerkrankung weiterhin berufs- und auch erwerbsunfÄxhig. Eine Besserung sei seit der RentengewĤhrung nicht eingetreten. Nach Einholung von Befundberichten der behandelnden ̸rzte und Beiziehung von Krankenunterlagen holte das Sozialgericht ein Terminsgutachten des Nervenarztes P. R. vom 13.02.1996 ein. Dieser führte zusammenfassend aus, bei der Klägerin liege ein Schmerzsyndrom bei Zustand nach Autounfall 1990 mit funktionellem LendenwirbelsĤulensyndrom und pseudoradikulĤrem Lumbalsyndrom bei Verdacht auf funktionelle ̸berlagerung vor. Ihr sei eine regelmäÃ∏ige vollschichtige Arbeitsleistung tĤglich zumutbar. Als EinschrĤnkungen gelten: Keine kĶrperlich schweren oder mittelschwere Arbeiten, im Wechsel zwischen Gehen, Stehen und Sitzen, ohne Heben und Tragen schwerer Lasten, ohne hAxufiges BA¼cken, ohne einseitige Körperhaltung. Auf Antrag der Klägerin nach <u>§ 109 SGG</u> holte das Sozialgericht ein Gutachten des OrthopĤden Dr.S. vom 18.03.1997 ein. Dieser stellte fest, daÄ∏ die Klägerin an einem chronischen Lendenwirbelsägulensyndrom bei Fehlstatik der WirbelsĤule und beginnenden degenerativen VerĤnderungen der Brustwirbelsäule leide. Sie könne noch regelmäÃ∏ig vollschichtig arbeiten, die BetÄxtigung sollte ohne schweres Heben und Tragen und ohne lÄxnger einseitig gebýckte Körperhaltung erfolgen. Dieses Leistungsbild entspreche einer Býrokraft. Auch als Bauingenieurin sei die Klägerin vollschichtig einsetzbar. In einer Stellungnahme hierzu legte die Kläagerin ein orthopäadisches Gutachten des Dr.D. vom 22.08.1997 vor, das in einem Zivilprozeà erstattet worden war. Darin wird zusammenfassend ausgeführt, es sei glaubhaft, daÃ∏ die Klägerin ihren Beruf als Bauingenieurin nicht mehr aus ü ben könne, die daf ü rurs à x chlichen Beschwerden seien aber nicht Folge der Verletzungen des Unfalles vom 10.10.1990.

Mit Urteil vom 26.09.1997 wies das Sozialgericht die Klage ab und f $\tilde{A}^{1/4}$ hrte zur Begr $\tilde{A}^{1/4}$ ndung im wesentlichen aus, die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin habe  $\tilde{A}^{1/4}$ ber den 31.12.1994

hinaus keinen Anspruch auf Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit. Sie sei zwar aufgrund ihres Fachhochschulstudiums in die Gruppe der Angestellten mit hoher beruflicher Qualifikation einzustufen, sie sei jedoch nicht berufsunfĤhig, da sie in dem Beruf als Bauingenieurin noch vollschichtig tÄxtig sein kĶnne. Dies ergebe sich aufgrund der im Verwaltungs- und Klageverfahren eingeholten Gutachten sowie der beigezogenen und vorgelegten Ĥrztlichen Unterlagen. Auch wenn im Beruf der Bauingenieurin ein Gro̸teil der Tätigkeiten am ReiÃ∏brett und/oder am Computer erfolge, wechselten diese mit anderen TAxtigkeiten ab, bei der die EinschrĤnkungen der KlĤgerin berļcksichtigt werden kĶnnten. Ma̸gebend sei dabei nicht, wie der letzte Arbeitsplatz der Klägerin konkret gestaltet gewesen sei, abzustellen sei vielmehr auf die generelle TĤtigkeit eines Bauingenieurs. Das Gutachten des Dr.D. aus dem Zivilproze̸ könne nicht überzeugen, da dieser darauf hinwies, daÃ∏ wenn die Klägerin angebe, aufgrund ihrer Beschwerden die TAxtigkeit als Bauingenieurin nicht mehr ausA¼ben zu können, dies eine Frage der Glaubhaftigkeit sei und er dies in seinem Gutachten so übernommen habe.

Dagegen legte die Klā¤gerin Berufung ein. Zu deren Begrā¼ndung wird zunā¤chst ausgefā¼hrt, das Sozialgericht sei nicht ausreichend auf die Einwā¤nde gegen das Gutachten des Dr.S. eingegangen. Sie sei aufgrund der vorliegenden Gesundheitsstā¶rungen nicht mehr in der Lage, ihren Beruf als Bauingenieurin auszuā¼ben. Sie sei in dem Beruf gezwungen, so gut wie ausschlieā∏lich entweder vor dem Computer zu sitzen oder vor dem Reiā∏brett zu stehen, beides in jeweils einseitiger, unnatā¼rlicher Kā¶rperhaltung. Aufgrund der Anforderungen im Beruf sei sie nicht in der Lage, die damit verbundenen kā¶rperlichen Beanspruchungen zu kompensieren und in anderen Arbeitsphasen eine kā¶rperliche Schonung zu erhalten. Das Berufsbild werde gerade dadurch geprā¤gt, daā∏ zum ganz ā¼berwiegenden Teil in einseitiger Kā¶rperhaltung gearbeitet werden mā¼sse. Ca. 90 % der jeweiligen Tā¤tigkeit mā¼sse entweder im Sitzen oder im Stehen verbracht werden. Insbesondere der konstruktive Ingenieurbau, den die Klā¤gerin ausgeā¼bt habe, sei durch diese einseitigen statischen Belastungen geprā¤gt.

Die KlAzgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Regensburg vom 26.09.1997 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 23.11.1994 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 30.05.1995 zu verurteilen, ihr  $\tilde{A}^{1}_{4}$ ber den 31.12.1994 hinaus Rente wegen Erwerbsunf $\tilde{A}$ ¤higkeit, hilfsweise wegen Berufsunf $\tilde{A}$ ¤higkeit zu gew $\tilde{A}$ ¤hren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält die Klägerin für nicht wenigstens berufsunfähig und beschreibt zur Begründung ausführlich die Tätigkeitsbereiche eines Diplomingenieurs für das Bauwesen und des konstruktiven Ingenieurbaus unter Hinweise auf Urteile des LSG Niedersachsen und des 11. Senats des BayLSG. Danach sei davon auszugehen,

da̸ es sich insgesamt um eine leichte Arbeit in geschlossenen Räumen, unter Umständen auch im Freien handle, die in wechselnder Körperhaltung von Gehen, Stehen und Sitzen ausgeübt werde. Sicher sei ein zeitweises konzentriertes Arbeiten erforderlich, am Zeichenbrett bzw. am Computer, es würden jedoch bei Entwürfen und Planungen sehr viele Absprachen erforderlich, Pläne müÃ∏ten vervielfÄxltigt, archiviert und registriert werden. Die TÄxtigkeit erfordere Teamfähigkeit und Improvisationstalent. Der Beruf des Diplomingenieurs â∏ namentlich in gröÃ∏eren Betrieben â∏∏ werde auch in der Weise ausgeübt, daÃ∏ sich die TÄxtigkeiten auf reine Bļroarbeiten (Planung, Masseberechnungen und dergleichen) beschrĤnke. Ein weiteres TĤtigkeitsfeld biete sich dem Diplom-Bauingenieur in der Auftragsabwicklung. Festzustellen sei somit, da̸ sich für die KIĤgerin entsprechend ihrem restlichen LeistungsvermĶgens kĶrperlich leichte Tätigkeiten benennen lieÃ∏en, die zwar auch üblicherweise sitzend, dennoch aber auch im Wechsel der drei typischen KA¶rperhaltungen ohne fA¼r die aus medizinischer Sicht ansonsten auszuschlie̸enden physischen Belastungssituationen ausgeübt werden könnten.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf den Inhalt der beigezogenen Rentenakte der Beklagten sowie der Gerichtsakten beider Rechtszüge Bezug genommen.

## EntscheidungsgrÃ1/4nde:

Die von der Klägerin form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist gemäÃ☐ den §Â§ 143, 151 Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulässig, jedoch sachlich unbegründet.

Das Sozialgericht hat zu Recht die Klage gegen die eine weitere RentengewĤhrung ablehnenden Bescheide der Beklagten abgewiesen.

Dabei ist zunächst zweifelhaft, ob die Klägerin, der von der Beklagten vom 01.05.1993 bis 31.12.1994 Rente wegen Erwerbsunfähigkeit auf Zeit bewilligt worden war, überhaupt die medizinischen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rentengewährung erfüllte. Zunächst scheint die vom nervenärztlichen Gutachter der Beklagten vorgenommene Einschränkung der Leistungsfähigkeit aufgrund eines vielfältigen psychosomatischen Beschwerdekomplexes nach dem Unfall im Oktober 1990 nur schwer nachvollziehbar. Selbst wenn man diese Einschätzung der beruflichen Leistungsfähigkeit (halb- bis untervollschichtig) teilt, besteht dieses Leistungsvermögen nach den Ausführungen des Gutachters der Beklagten seit dem Unfall 1990. Auch die Klägerin selbst hält sich bereits seit diesem Unfall fþr erwerbsunfähig. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie jedoch noch keinen einzigen Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet, so daÃ☐ die Wartezeitfiktion des § 53 Abs.2 Sozialgesetzbuch VI (SGB VI) nicht zum Tragen käme.

Letztlich kann dies jedoch dahinstehen, da die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin jedenfalls  $\tilde{A}$ ¼ber den 31.12.1994 hinaus nicht wenigstens berufsunf $\tilde{A}$ ¤hig ist, da sie den erlernten und insgesamt 13 Monate ausge $\tilde{A}$ ¼bten Beruf einer Bauingenieurin vollschichtig aus $\tilde{A}$ ¼ben kann.

Die ErwerbsfĤhigkeit der KlĤgerin ist über den streitigen Zeitpunkt hinaus nicht infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder SchwĤche ihrer körperlichen oder geistigen KrĤfte auf weniger als die Hälfte derjenigen einer vergleichbaren gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten gesunken. Sie erfüllt damit nicht die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, wie sie in den §Â§ 43 Abs.2, 44 Abs.2 SGB VI gefordert sind und vom Sozialgericht näher dargestellt wurden.

Nach dem Ergebnis der vom Sozialgericht durchgefļhrten Beweisaufnahme und unter Berücksichtigung der von der Beklagten aufgrund des Weitergewährungsantrages eingeholten Gutachten ist davon auszugehen, daÃ∏ die KlĤgerin vollschichtig leichte Arbeiten im Wechsel zwischen Sitzen, Gehen und Stehen ohne einseitige Körperhaltung über mehrere Stunden, ohne Bücken und ohne Heben und Tragen schwerer Lasten verrichten kann. AuffĤllig ist dabei die in den Gutachten beschriebene Diskrepanz zwischen objektivierbaren VerĤnderungen im Bereich der WirbelsĤule und den Schmerzangaben der Klägerin, wobei diesen funktionellen Ã∏berlagerungen jedenfalls über den 31.12.1994 hinaus keine leistungsmindernde Bedeutung mehr beikommt. Nicht entkrĤften kann die Feststellungen der im Verwaltungs- und Klageverfahren gehörten Gutachter das im ZivilprozeÃ∏ erstattete Gutachten des Orthopäden Dr.D â□¦ Wie bereits das Sozialgericht ausgeführt hat, stützt dieser seine Aussage, es sei glaubhaft, da̸ die Klägerin ihren Beruf als Bauingenieurin nicht mehr ausüben kann, allein auf deren Angaben. Eine nachvollziehbare EinschÄxtzung der beruflichen LeistungsfÄxhigkeit in quantitativer und qualitativer Hinsicht findet sich in diesem von der KlĤgerin vorgelegten Gutachten nicht. Auch die KlĤgerin selbst erhebt letztlich keine durchgreifenden EinwĤnde gegen das Ergebnis der medizinischen SachverhaltsaufklĤrung. Sie ist vielmehr der Auffassung, mit dem von den SachverstĤndigen beschriebenen LeistungsvermĶgen nicht mehr als Bauingenieurin tĤtig sein zu kĶnnen.

Dieser Auffassung kann jedoch nicht gefolgt werden, wie auch das Sozialgericht zutreffend dargestellt hat.

Wie die Beklagte im Berufungsverfahren unter Bezugnahme auf Urteile des LSG Niedersachen vom 03.05.1991 (L 1 An 193/90) und des 11. Senats des BayLSG vom 11.04.1995 (L 11 An 171/93) ausfÃ $^1$ /4hrt, wird der Beruf des Diplomingenieurs im Baubereich insbesondere in grÃ $^1$ A $^1$ eren Betrieben in der Weise ausgeÃ $^1$ /4bt, daÃ $^1$ sich die TÃ $^1$ xtigkeit auf reine BÃ $^1$ /4roarbeiten (Planung, Masseberechnung und dergleichen) beschr $^1$ A $^1$ nkt. Der Diplomingenieur ist auch in der Auftragsabwicklung tÃ $^1$ xtig (z.B. Entwicklung, Konstruktion, Einkauf, Materialdisposition und Koordination der einzelnen Betriebsabteilungen). Dies hat das LSG Niedersachsen im zitierten Urteil unter Bezugnahme auf berufskundliche Stellungnahmen in anderen Verfahren  $^1$ 4/4berzeugend dargestellt. Unter Hinweis auf die von der Bundesanstalt f $^1$ 4/4r Arbeit herausgegebenen Bl $^1$ A $^1$ tter zur Berufskunde (2/I N 30) hat der 11. Senat des BayLSG im zitierten Urteil insbesondere festgestellt, da $^1$ 1 Bauingenieure im konstruktiven Ingenieurbau (also wie zuletzt die Kl $^1$ 2 Bauingenieure mit dem Entwurf, der statischen Berechnung, der Bemessung, der Konstruktion und Ausf $^1$ 4/4rung von

Tragwerken des Hoch- und Tiefbaus, des Brücken- und des Wasserbaus befaÃ∏t sind. Dabei hat gerade im konstruktiven Ingenieurbau die EDV zunehmend an Bedeutung gewonnen. Zusammenfassend ist auf der Grundlage der von der Beklagten eingefÄ1/4hrten Urteile und der dortigen Erkenntnisquellen festzustellen, da̸ die Tätigkeit eines Bauingenieurs jedenfalls auch in der Weise ausgeübt wird, da̸ sie sich auf reine Büroarbeiten beschränkt. Die Einholung eines berufskundlichen Gutachtens ist insoweit ebenso wenig erforderlich wie fÃ1/4r die Frage, ob die KlĤgerin mit dem verbliebenen LeistungsvermĶgen BürotÃxtigkeiten verrichten kann. Zwar werden BürotÃxtigkeiten überwiegend im Sitzen ausgeübt, doch ist jedenfalls bei Bürotätigkeiten gehobener Art zeitweises Aufstehen und Umhergehen durchaus mĶglich, wie bereits von der Beklagten dargestellt. LĤngere einseitige KĶrperzwangshaltungen fallen ebenso wenig an wie Bücken und Heben und Tragen schwerer Lasten. Auch handelt es sich weder um kA¶rperlich schwere oder mittelschwere Arbeiten, so daà Bürotà tigkeiten dem von den Sachverstà ndigen beschriebenen körperlichen Leistungsvermögen der Klägerin gerecht werden.

Die Kl $\tilde{A}$  $^{x}$ gerin ist also jedenfalls  $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{4}$ ber den 31.12.1994 hinaus f $\tilde{A}$  $^{x}$ hig, im erlernten und kurzfristig ausge $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{4}$ bten Beruf wieder t $\tilde{A}$  $^{x}$ tig zu sein, wobei es nicht darauf ankommt, ob ihr konkret die letzte berufliche T $\tilde{A}$  $^{x}$ tigkeit noch m $\tilde{A}$  $^{y}$ glich ist. Entscheidend ist vielmehr, da $\tilde{A}$  $^{y}$  der Beruf des Bauingenieurs gen $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{4}$ gend Einsatzm $\tilde{A}$  $^{y}$ glichkeiten bietet, die dem Leistungsverm $\tilde{A}$  $^{y}$ gen der Kl $\tilde{A}$  $^{x}$ gerin entsprechen, so da $\tilde{A}$  $^{y}$  Berufsunf $\tilde{A}$  $^{x}$ higkeit nicht vorliegt. Erst recht l $\tilde{A}$  $^{x}$  $\tilde{A}$  $^{y}$ t sich damit das Vorliegen von Erwerbsunf $\tilde{A}$  $^{x}$ higkeit nicht begr $\tilde{A}$  $^{1}$  $^{4}$ nden.

Die Berufung kann daher keinen Erfolg haben, weshalb sie als unbegr $\tilde{A}^{1/4}$ ndet zur $\tilde{A}^{1/4}$ ckzuweisen ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Grþnde, gemäÃ∏ <u>§ 160 Abs.2 SGG</u> die Revision zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 04.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024